

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

### Angerufen:

Die einseitige Verjährung über den Namen 25 J., Rechtsanw. Zelle 10 J., Kolonial-Anfragen 100 Proz. Zuschlag, Offerte und Auskunftsleistung 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmehaltens hinlänglich wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Austr. wird beim Großher. übernommen.

**Wichtiges:**  
Wiederlich in Neuenbürg  
A. 150. Durch die Post  
in Ost- und Oberamts-  
bezirk, sowie im sonst.  
teil. Bez. A. 150 in Post-  
bezirk. Preis frei. Bei  
Preis einer Nummer  
10 J.  
In Fällen 150. Gewollt  
wird kein Anspruch auf  
Ersetzung der Zeitung od.  
auf Rückerstattung des  
Ergangspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Buchhändler, sowie Agen-  
ten u. Ausstatterinnen  
jederzeit entgegen.  
Verleger Nr. 4.  
Eisenstr. Nr. 24  
u. E. Weich'sche Buchdruckerei.

Nr. 109.

Montag den 13. Mai 1929.

87. Jahrgang.

### Deutschland.

**Berlin, 11. Mai.** Der Vizepräsident hat die Wochenchrift „Kontingierung der Werkstätten“ auf Grund des § 7 Ziff. 4 und des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik bis einschließlich 10. Juni 1929 verboten, weil sie in ihrer Nr. 18 vom 6. d. M. Artikel gebracht hat, welche die kommunistische Partei Deutschlands in ihrer Bestrebung, die verfassungsmäßige festgesetzte republikanische Staatsform des Reichs zu untergraben, mit Rat und Tat unterstützt.

### Schulfragen im Finanzausschuss.

**Stuttgart, 10. Mai.** Bei der Beratung des Kap. 3, Gewerbe- und Handelsschulen, stellt der Berichterstatter Widerstand, daß die Lehrer der Gewerbe- und Handelsschulen hinsichtlich der Einführung zurückgeblieben seien. Dieser Zustand könne nicht dauernd so bleiben. Kultminister Dr. Baumbach ist der Auffassung, daß jetzt die Neuorganisation des Schulwesens nicht in einzelnen behandelt werden sollte; das sei die parlamentarische Arbeit im kommenden Winter. Ein sozialdemokratischer Redner fragte nach dem Stande der Errichtung höherer Fachschulen für verschiedene Berufe (Kaufmannschulen). Er begründete Forderungen seiner Partei, in denen u. a. das Staatsministerium erwähnt werden soll, die Lehrkräfte der Gewerbeschulen nicht weiterhin durch die Anforderung von unständigen Lehrkräften zu beschleichen, weiter die Ausbildung von Arbeits- und Hauswirtschaftslehre von theoretischem Bildungswert zu erhalten und schließlich den Zugang zu diesen Berufen durch eine entsprechende Behaltung der Vorschriften zu eröffnen. Redner der Demokraten und des Zentrums forderten sich ebenfalls für eine bessere Regelung der ständigen und unständigen Lehrkräfte und der Einführungsfrage aus, während ein Redner der Deutschen Volkspartei die Akademisierung des Gewerbelehrendes bedauert. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag wünscht die Gewährung von Interim- und Erziehungsmitteln an begabte Kinder aus minderbemittelten Kreisen. Kultminister Baumbach erklärt, daß der Finanzausschuss grundsätzlich zu den Schulvorlagen gehört werden sollte. Hinsichtlich des Ausbaues der Kaufmannschulen seien die Arbeiten im Gange. Hinsichtlich der Schaffung weiterer ständiger Stellen müsse er auf den Beschluß des Staatsministeriums verweisen, wonach keine neuen Stellen in diesem Haushalt geschaffen werden sollen. Dieser Antrag wie der hinsichtlich der Ausbildung in den Frauenarbeitschulen müsse zurückgestellt werden. — Kultminister Dr. Köppler wandte sich der Beantwortung von Einzelfragen zu. Er erörtert die Fortbildungsmöglichkeiten im einzelnen. — Frau Oberregierungsrat Dr. Volkmann weist dabei darauf hin, daß die grundsätzliche Ausbildung der Schülerinnen an den Frauenarbeitschulen in einer besonderen Volkstanzordnung gelöst werden müsse. Die Schülerinnen müßten eine gewisse geistige Höhenlage besitzen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Gemeldete Volksschülerinnen würden jetzt etwa zu 60 bis 70 Prozent in die höheren Schulen aufgenommen. — Oberregierungsrat Andrieger nahm zu hauswirtschaftlichen Fragen Stellung, das weitere behandelte er Einführungsfragen. Der Antrag Deumann betr. Schaffung weiterer ständiger Stellen wird abgelehnt, dagegen der Antrag betr. die Ausbildung der hauswirtschaftlichen Lehrkräfte mit elf bis vier Entgeltstufen (A, B, C und D) angenommen. — Kap. 4 und 5 werden genehmigt. Bei Kap. 6 behandelt Kap. 6, Redner den Beginn der Schulzeit um 7 Uhr morgens. — Ein Zentrumredner wendet sich gegen die Ansprüche von Schulen zu festzulegen während der Schulzeit, so wie die gesamte Belegung der Ulmer Schulen beim kommenden Sommer. Am Schluß der Sitzung wird ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht, wonach das Staatsministerium ersucht werden soll, die Schülerleistungen, die vor der Inflation standen, wieder zu errichten. Die Aussprache geht weiter. — Fortsetzung Samstag vormittag 9 Uhr.

### Schmelze über die Wirtschaftslage in Deutschland.

**München, 11. Mai.** Im Staatsbankrottenschauspiel des Bundesrats hat Finanzminister Dr. Schmelze bei der Sitzungsberatung auf die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im Reich und die katastrophale Lage der Landwirtschaft zu sprechen. Er betonte, daß die Dauerhaftigkeit dieser Lage in der ungenügenden Reparationsbelastung liege. Weiter wies er die Minister, daß eine Deckung des Geldumlaufes immer noch in der Höhe vorhanden sei, wie sie das Reichsbankgesetz vorschreibt. Das werde wohl auch immer so bleiben. Die Befürchtung, daß von der Geldseite her eine neue Inflation kommen könne, halte er für absolut unbegründet. Eine Art Wollenschaube, daß wieder die Möglichkeit einer Inflation bestehe, habe in einer gewissen Nacht von der Welt geführt. Das sei aber gerade das Gegenteil von dem, was heute die Lage erfordert. Was die neue 100-Millionen-Kleihe des Reiches angeht, so halte er jene Maßnahme für außerordentlich bedenklich. Durch sie werde der Kapitalmangel noch vergrößert und die Lage für die Volkswirtschaft noch verschlechtert. Man solle aber keinen anderen Ausweg, um über die gegenwärtige Situation hinwegzukommen. Auch die Länder seien in der Finanzlage gewirren, der Kleihe trotz aller Bedenken grundsätzlich zuzustimmen.

### Dr. Schacht und Vögler in Offen.

**Offen, 11. Mai.** Der Führer der deutschen Abordnung, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, hat über das Wochenende eine Dienstreise in das Industriegebiet angetreten und wollte am Samstag vormittag in Offen. In seiner Begleitung befindet sich Generaldirektor Dr. Vögler. Die beiden Delegierten hatten mit dem ersten Direktor der Reichsbankstelle Offen, Karl Kammer, eine Zusammenkunft. Die Besprechungen gelten offenbar der Frage, wieviel im Rahmen der bekannten Kreditbeschränkungsrichtlinien die besonders empfindlichen Interessen

### unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes gewahrt werden können.

Die genannten Maßnahmen, die dem unmittelbaren Schutz unserer Erzeugung dienen, sind bekanntlich nach Verfügung des Reichsbankdirektoriums individuell zu fassen. Dementsprechend verdient das wirtschaftliche Dasein Deutschlands ganz besondere Berücksichtigung und die gleiche Behandlung bei Abbau der gewährten Kredite. Stilllegungen wegen Kreditbeschränkung müssen allein schon aus sozialpolitischen Rücksichten vermieden werden. So sind bei einzelnen Reichsbankstellen im Revier die Prozentziffern im Kreditabbau noch nicht ganz erreicht worden, die die Berliner Zentrale in ihren Richtlinien vom vorigen Samstag empfohlen hatte. Die Verantwortlichen werden das aber mit gutem Recht zu vertreten wissen und haben sich im übrigen auch selbstverständlich streng daran gehalten, diejenigen Kredite abzubauen, die offensichtlich Spekulationscharaktere und Vorkurspekulationen finanzieren helfen sollten.

### Döll über sein Karlsruher Erlebnis.

**Berlin, 11. Mai.** Was Döll befindet sich wieder einmal auf einer kommunistischen Propagandareise. Er war jetzt in Sachsen und hat hier nicht nur von seiner Vogtländischen Vergangenheit, sondern auch von seinem Karlsruher Erlebnis gesprochen. Dem „Vorwärts“ ist es gelungen, in einem kommunistischen Blatt ein Referat von Döll zu finden, aus dem die folgenden wenigen Sätze wiedergegeben seien: „Euer Gehirn ist rasig geworden, es stinkt schon. Ich habe in Karlsruhe Siebe bekommen mit dem Gummihübel von der Polizei. Das hat gut getan. Mein Gehirn ist klüger geworden, ich denke jetzt schneller. Wenn Ihr Euch nicht von der Polizei prägen lassen wollt, kauft Euch einen Gummihübel, stellt Euch vor den Spiegel hin und baut Euch links und rechts in die Fresse. Dann wird Euer Gehirn klüger und Ihr werdet lebendiger.“ — Ob sich wohl seine Zuhörer heilt haben werden, dieses Rezept anzuwenden?

### Die deutschen Städte zur neuen Reichsanleihe.

**Berlin, 11. Mai.** In dem Beschluß des Reichsrats, dem Gesetzentwurf über die Befreiung der Kassenlage des Reiches einen Zusatz anzufügen, wonach auch für Schulverschreibungen und Schabonweisungen der Länder einmalige besondere Steuererleichterungen zugelassen werden sollen, weist der Deutsche Städtetag darauf hin, daß eine solche Forderung im gegenwärtigen Augenblick unannehmbar erscheint. Eine ungleiche Behandlung der Länder und Kommunen ist völlig unmöglich. Die Auswirkungen der neuen Reichsanleihe treffen in gleicher Weise den Kredit der Länder wie den der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das Kreditbedürfnis der Kommunen entspricht ebenso schmerzhaft und dringenden Lebensbedürfnissen der Allgemeinheit, wie das der Länder. Die gegenwärtige erste Finanzlage des Reiches aber verbietet es, die neue Vorlage durch Sonderforderungen zu belasten.

### Die Eisenbahnergewerkschaften raten den Schlichter an.

**Berlin, 11. Mai.** Die vertragsstehenden Eisenbahnerorganisationen haben sich heute erneut mit dem Stand der Lohnbewegung beschäftigt. Nach einer Korrespondenzmeldung sind sie hierbei zu dem Ergebnis gekommen, daß vor Auslösung eines Eisenbahnerstreiks der Anregung der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen nachgegeben und der Reichsarbeitsminister um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersucht werden soll.

### Ausland.

**Paris, 11. Mai.** Dr. Schacht und Sir Josiah Stamp sind von der Sachverständigenkonferenz gemeinsam mit der Abfassung des Schlusserklärungsbeschlusses beauftragt worden, der voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch vorgelegt werden kann.

**London, 11. Mai.** In einer Wählerversammlung in der Albert-Hall sagte Lloyd George, die Arbeit der Arbeitskommission sei ein großer Schwindel. Wenn die Männer versagen, müssen die Frauen für Frieden und Abrüstung auf-treten.

### Sier litauische Terroristen zum Tode verurteilt.

**Kaunas, 11. Mai.** Die vier Terroristen Kazas, Markelis, Ruzgatis und Gavenas, die am 21. April, mit Kowoln und Oranavas bemannet, in Sausauli verhaftet worden waren, wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Sie haben ein Unabgeneigtes an den Präsidenten der Republik eingereicht.

### Wahlleiter in Straßburg.

**Straßburg, 11. Mai.** In allen politischen Lagern Straßburgs herrscht zurzeit heftigste Aufregung. Tag und Nacht finden Beratungen statt, um nach einem Kompromiß für die Befreiung des Straßburger Rathauses zu suchen. Zur Stunde ist die Front zwischen Kommunisten, Autonomen und Christlicher Volkspartei so hart gebildet, daß ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet wird, der zurzeit in Belcon in Haft befindliche Autonomenführer Dr. Ross würde Bürgerwehler von Straßburg und alle wichtigen Posten würden in die Hände von Kommunisten und Autonomen gelangen. Die Regierungsparteien sehen dieser Entwicklung der Dinge mit großer Angst entgegen. Schon geben hier Gerüchte und offizielle Verleumdungen um die von einer „besonderen Lage“ und „besonderen Vorkehrungsmaßnahmen in einer Grenzstadt“ sprechen und die von Ueberfahrungen in letzter Stunde wissen wollen. Man sieht aber angesichts der ganzen Lage, namentlich seitdem sich die Verhandlungen zwischen dem autonomenistischen Bürgerklub und den Sozialisten erschlagen haben, nicht, wie auf legale Weise die autonomenistische-kommunistische Mehrheit auf dem Straßburger Rathaus noch zu verhindern wäre. Darin wird man jedenfalls den offiziellen Stimmen recht geben, daß die Wahlentscheidung in Straßburg weit über die Bedeutung eines lokalen Ereignisses hinausgeht.

### Frankreichs Schiffbaukrise.

**Paris, 11. Mai.** Bei dem gestrigen Stapellauf des neuen 25.000 Tonnen Ozeandampfers „Caienne“ auf der Werft von St. Nazaire hob der Leiter der Schiffbauergesellschaft von Le Penhoat, Rene Fould, hervor, daß die französischen Werften an Betätigungsmangel zu Grunde gehen. Als Beweis für die Schiffbaukrise in Frankreich führte er folgende Ziffern an, die in der Fach- und Wirtschaftspressen leidenschaftlich kommentiert werden: „Im Jahre 1928 sind in ganz Frankreich zusammengekommen 15.508 Tonnen an Schiffraum gebaut worden. Unsere Werften können aber 250-300.000 Tonnen herstellen. So muß der französische Schiffbau verenden.“

### Die Kandidaten für die englischen Unterhauswahlen.

**London, 11. Mai.** Die Zahl der Kandidaten für die 650 Sitze des Unterhauses beträgt zurzeit 1718. Von diesen Kandidaten entfallen auf die konservative Partei 588, auf die Arbeiterpartei 566, auf die liberale Partei 506, auf die kommunistische Partei 51 und auf die übrigen Parteien 27. Die Zahl der weiblichen Kandidaten beläuft sich auf 67, darunter 24 Unabhängigen der Arbeiterpartei. Abgesehen von Nordirland sind bei den bevorstehenden Wahlen nur 2 Mandate nicht umkämpft, während bei den Wahlen im Jahre 1924 die Zahl der nichtumkämpften Mandate 32 betrug.

### Erste ernste Mahnung.

**Oslo, 11. Mai.** Die norwegische Arbeiterpartei, die größte Partei im Storting, hat den Antrag gestellt, daß Norwegen aus dem Völkerbund austritt.

### Keine Teilnahme deutscher Veteranen an dem Umzug der amerikanischen Kriegsveteranen.

**New York, 11. Mai.** Die Associated Press aus Chicago meldet, daß der amerikanische Verband der Kriegsveteranen den Verband der deutschen Weltkriegsveteranen erläßt, sich an dem am Memorial Day stattfindenden Umzug nicht zu beteiligen, da noch zu kurze Zeit seit dem Krieg verstrichen sei. Die Deutschen hätten im letzten Jahr an dem Umzug teilgenommen und waren auch in diesem Jahr von dem Umzugsausschuß eingeladen worden.

### Uns Stadt und Bezirk.

**Neuenbürg, 11. Mai.** Auf der gestrigen außerordentlichen Versammlung des Kriegervereins fanden als Hauptpunkte auf der Tagesordnung 30jährige Jubiläumssfeier und Beschaffung einer neuen Fahne. Nach kurzen Begrüßungsworten durch Vorstand Mahler berichtete dieser über die Beratungen des Ausschusses über diese Fragen. Das Jubiläum soll am 4. August in Verbindung mit dem Bezirkstrefftag in würdigen Rahmen begangen werden und Einladungen an die Bezirksvereine und benachbarten badiischen Vereine ergehen. Was die Beschaffung einer neuen Fahne anlangt, so sei man dazu geneigt, weil die gegenwärtige Fahne, wiederholt bei gründlicher Reparatur nach eingesparten Entschuldigungen Kosten in Höhe von 650 Mark verursacht wurde, während die Kosten für eine neue Fahne sich auf 700 bis 800 Mark belaufen. Es sollen von den Fahnenfabriken Wöbel & Wölschelder in Stuttgart und Karl Reiß, Pforzheim, Angebote eingeholt werden. Die folgende Ansprache ergab bei nahe einstimmig den Beschluß entsprechend den Vorschlägen des Ausschusses. Zum Festtag wurde der Weg auf der großen Wiese unterhalb der Scheuer als am geeignetsten bezeichnet, dementsprechend soll wegen Ueberlastung an den Gemeinderat herangetreten werden. Zur Aufbringung der Mittel für die neue Fahne soll von einer Erhöhung des Beitrages abgesehen, dafür nach dem Vorgang anderer Vereine eine Hauskollekte veranstaltet werden, damit die Vereinskasse nicht zu sehr in Anspruch genommen wird; gleichzeitig wurde angeregt, in der Versammlung eine Liste in Umlauf zu setzen, in welcher sich die Anwesenden zu einer Gabe einzeichnen möchten und zwar in der Mindesthöhe des beabsichtigten erhöhten Beitrages; diese Anregung wurde gleich in die Tat umgesetzt und erbrachte ein recht schönes Ergebnis. Vorhandenschaft und Ausschluß wurde die Ballmusik erteilt, die nötigen Schritte wegen Beschaffung der neuen Fahne zu tun, ebenso mit den Arbeiten für das Jubiläum zu beginnen; zu diesem Zweck wurden Vorschläge für die Bildung einer Fahnen-, Fest- und Wirtschaftskommission gemacht und diese sofort gebildet. Als Festhalle wurde mit dem anwesenden Vertreter des Bayer. Brauereibesitzers in Pforzheim die Ueberlassung der bekannten Halle gegen entsprechende Mietzins abgelehnt und dieser Firma die Uebertragung des Bieres übertragen; gleichzeitig beteiligte sich die Firma als erste an der Aufbringung der Kosten für die neue Fahne mit einem Betrag von 50 Mark. Auch ein Festtag soll stattfinden und in demselben historische Uniformen gezeigt werden. Vorstand Mahler hat im Hinblick auf die kommenden Arbeiten mit tatkräftiger Unterstützung und vollstän-diges Erscheinen der Mitglieder der Ausschüsse wenn der Rat zu sie ergeht. Auf er-gangene Aufforderung erklärte sich Bezirksobmannmann Schuch bereit, auch seinerseits alles zu tun, um einen würdigen Verlauf des Jubiläums zu ermöglichen durch Einladung des Prä-sidenten des Württ. Kriegerbundes und der Bezirkskriegervereine. Auf den heute Montag in der Turnhalle stattfindenden Rühmvertrag von Kapitänleutnant a. D. Mumm über die Einlagerungslage wurde hingewiesen und zum Beschluß ein-geladen. Nach Besprechung untergeordneter Fragen schloß Vorstand Mahler die zahlreich besuchte Versammlung mit Dankesworten für das befandete Interesse.

**Neuenbürg, 11. Mai.** Für die kriegsbedürftigen Kriegsbeschädigten. Von der Fürsorgeabteilung des Württ. Kriegerbundes in Stuttgart wird uns geschrieben: „Der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenthierten des Deut-

nstig  
gellan-Artikel  
r- und Einzel  
inen bei  
forstheim  
irtschaftsbedarf  
N  
le  
159  
halt  
158  
orderungen  
Art  
Wolfgang  
rg.  
a 1 b.  
Fußpflege  
tag.  
M  
Musikdir.  
m.  
Tel. 1201  
feld.  
tichtige  
rerer  
treten bei  
ret Koch  
geschäfts.  
FF  
hinen  
sche,  
allgstr. 4  
a ch.  
eichene  
n-  
tung  
Aufgabe  
gut erhalt.  
Kinderbett  
pol. Wolf  
Maier.







